

Redebeitrag Solidarität statt Spaltung – AfD

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wir sind Vertreter der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Hanau.

Wir sind auch Teil von „Solidarität statt Spaltung“, einer Initiative, die auf der Seite der Menschen steht, die unter Fremdenfeindlichkeit, Arbeitsplatzunsicherheit, Sozialstaatsabbau, Wohnungsnot, kurz: ungewissen Zukunftsperspektiven zu leiden haben. Ihre Lage versuchen rechtspopulistische und nationalistische Gruppierungen für ihre Zwecke zu nutzen: Spaltung statt Solidarität ist ihr Motto!

Der gerade vergangene Tag der deutschen Einheit hat erneut gezeigt, was Rechte und Rassisten von demokratischen Werten halten. Sie verstecken sich nicht mehr, sondern laufen pöbelnd durch die Straßen, säen Hass gegen Fremde und legen die Lunte, mit der gewaltbereite Neonazis Flüchtlingsunterkünfte anzünden. Ihr mittlerweile parlamentarischer Arm: die AfD, die ihre Wähler nicht mehr nur aus diesem Spektrum rekrutiert, sondern auch Bürger aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft erreicht.

Wissen diese Menschen überhaupt, was sie mit ihrer Stimme unterstützen? Ein Blick in die Programmatik der AfD gibt Aufschluss:

Stichwort Familie und Frauen: Die AfD-Chefin Frauke Petry will das „Schrumpfen als deutsches Volk“ verhindern, indem deutsche Eltern mindestens drei Kinder bekommen sollen. „Frauenquoten und Gleichstellungsbeauftragte lehnt die AfD rigoros ab. Die deutsche Politik hat eine Eigenverantwortung, das Überleben des eigenen Volkes, der eigenen Nation sicherzustellen“, so Frauke Petry. Schädliche, teure, steuerfinanzierte Gesellschaftsexperimente, die der Abschaffung der natürlichen Geschlechterordnung dienen [...] sind sofort zu beenden“, so Thüringens AfD-Sprecher Björn Höcke. Legale Abtreibungen soll es nicht mehr geben.

Mit anderen Worten: Die Frau soll ihre Mutterrolle ausfüllen und dem deutschen Volk möglichst viel Nachwuchs gebären. Das hat man doch schon einmal gehört! Von wem bloß?

Stichwort Steuern: „Flat Tax - Unser Konzept ist angelehnt an die Ideen von Paul Kirchhof“, so Frauke Petry. D.h. eine für alle gleiche Einkommenssteuer von 20 bis 25% egal ob Krankenschwester oder schwerreicher Multimillionär. Obendrein fordert die AfD die vollständige Abschaffung von Gewerbe-, Erbschafts- und Vermögenssteuer. Da verwundert es kaum, dass über ein Drittel der AfD-Sympathisanten aus den Reihen der überdurchschnittlich

Begüterten kommt, denn von solchen Regelungen können nur Reiche profitieren. Dem Staat hingegen stünden massive Einnahmeausfälle ins Haus, den Bürgern weniger Bildung, Straßen, Krankenhäuser usw.

Stichwort Asylpolitik: Die AfD Baden-Württemberg behauptet, Bundeskanzlerin Angela Merkel locke „Hunderte Millionen Armutsflüchtlinge nach Deutschland.“ Diese Zahl ist fern jeglicher Realität. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass Länder wie z.B. Libanon, Jordanien, Pakistan und die Türkei weitaus mehr Flüchtlinge aufgenommen haben, als je nach Deutschland gekommen sind, ist sie nur noch grotesk und volksverdummend. Dennoch fordert AfD-Vizechef Alexander Gauland: „Wir müssen die Grenzen dicht machen und dann die grausamen Bilder aushalten“, man könne sich nicht von Kinderaugen erpressen lassen. Nachdem Frauke Petry vorgeschlagen hat, deutsche Grenzen notfalls mit „Schusswaffengebrauch“ gegen Flüchtlinge zu schützen, legt AfD-Vizin Beatrix von Storch nach: auch auf Frauen mit Kindern dürfe geschossen werden.

Eine unglaubliche Ungeheuerlichkeit. Fehlt nur noch, dass ein solcher Schießbefehl auch von Soldaten der Bundeswehr ausgeführt werden solle. Die AfD fordert nämlich auch die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. Hier werden von der AfD Menschenrechte mit Füßen getreten und gezielt Hass gesät. Doch leider fällt er nicht nur bei Neonazis und deren Sympathisanten auf fruchtbaren Boden. Die massive Zunahme von Angriffen auf Flüchtlinge und Brandanschlägen auf deren Unterkünfte geschieht auch unter Beteiligung von Menschen aus der so genannten „Mitte der Gesellschaft“. Hat sich die AfD jemals wirklich davon distanziert? – Nein!

Stichwort Schule: Die AfD (in Sachsen-Anhalt) will, dass im Schulunterricht weniger über die Nazi-Zeit geredet wird: „*Eine einseitige Konzentration auf zwölf Unglücksjahre unserer Geschichte verstellt den Blick auf Jahrhunderte, in denen eine einzigartige Substanz an Kultur und staatlicher Ordnung aufgebaut wurde.*“ (Wahlprogramm Sachsen-Anhalt, S.1). Die Zeit der NS-Terrorherrschaft als „Unglücksjahre“ zu verharmlosen, spricht Bände und macht die ideologische Nähe zum Nationalsozialismus überdeutlich.

Da passt es, dass wieder mehr preußische Disziplin in die Schulen einziehen soll: *“Neben grundlegenden Kulturtechniken müssen deshalb ebenso die klassisch preußischen Tugenden Geradlinigkeit, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Disziplin, Pünktlichkeit, Ordnungssinn, Fleiß und Pflichtbewusstsein vermittelt werden. Um solche Tugenden zu vermitteln, bedarf es Autorität, ... ”*

Das Ziel ist der autoritätshörige Untertan. So wünscht sich die AfD den Deutschen der Zukunft!

Die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in die Regelschule wird als „ideologisch motiviertes Großexperiment“ abgelehnt.

Inklusion? Nein danke! Menschen mit Behinderung sollen wieder von der Gesellschaft abgetrennt und in ein isoliertes Dasein verfrachtet werden. Wie groß ist dann noch der Schritt zum so genannten „lebensunwerten Leben“?

Stichwort Sexuelle Vielfalt: Die AfD stellt sich *“[...] entschieden gegen ...die volkserzieherische Überhöhung von nicht heterosexuellen Menschen und gegen die Dekonstruktion der Familie. Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Kind darin gestärkt wird, sein biologisches Geschlecht anzunehmen.* „(Wahlprogramm BaWü 2016, S.30) Folgerichtig fordert die AfD ein Verbot von Lehrbüchern, in denen Homosexualität vorkommt. Sexualkundeunterricht soll gänzlich abgeschafft werden.

Hier knüpft die AfD nahtlos an die unsägliche Tradition von Stigmatisierung, Unterdrückung und Verfolgung von Homosexualität in der deutschen Geschichte an.

Stichwort Sozialleistungen und Alterssicherung:

Die AfD möchte Hartz IV durch eine so genannte “aktivierende Grundsicherung” ersetzen.

Hartz IV-Empfänger sollen weiter in Niedriglohnarbeit gedrängt werden und damit gleichzeitig zu Lohndrückern gemacht werden.

Außerdem will die AfD das Renteneinstiegsalter nochmals erhöhen. Am besten wäre es wohl im Sinne der AfD, wenn die Menschen so lange arbeiteten, bis sie tot umfallen und keinerlei Rentenansprüche mehr geltend machen können.

Das staatlich organisierte Rentensystem will die AfD durch private Vorsorge des Einzelnen ersetzen. Fragt sich nur: Wer wird hinreichend Vorsorge treffen können, wenn man in den Niedriglohnsektor gedrängt worden ist und keine entsprechenden Rücklagen aufbauen konnte?

Fazit: Die AfD ist keine wirkliche Alternative. Sie gaukelt den Menschen bewusst vor, eine Alternative zum Bestehenden sein zu können, aber statt zukunftssträchtige gesellschaftspolitische Alternativen dazu anzubieten, will sie die Gesellschaft in eine verhängnisvolle Vergangenheit zurückdrängen.

Sich dagegen zu wehren, ist Bürgerpflicht.

AfD-Wähler führen an, sie seien von der herrschenden Politik im Stich gelassen worden. Täte die Politik genau das, was die AfD nicht will, verteilte sie also den Reichtum gerechter, so dass existenziellen Ängsten die Grundlage entzogen wäre, hätten die Rattenfänger von AfD, Pegida und Neonazis viel weniger Resonanz und Zulauf.